

01.05.2021 - Einwanderungsgesellschaft wider Willen

Die Abneigung gegen Zugewanderte hat in Deutschland Wurzeln, die bis ins Kaiserreich zurückreichen ? trotzdem nimmt deren Anteil ständig zu

von Paul B. Kleiser

Maria Alexopoulou: *Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungs-gesellschaft wider Willen.* Ditzingen: Reclam, 2020. 280 S., 24 Euro

In Deutschland haben mittlerweile etwa 25 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Dabei sind jene Menschen nicht mitgerechnet, die schon im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik zugewandert sind, etwa Polen (Ruhrgebiet) oder Italiener. Obwohl viele dieser Menschen seit drei und mehr Generationen hier wohnen und arbeiten (und häufig einen deutschen Pass besitzen), wird immer noch von «Ausländern» geredet. Wieso meinen so viele Biodeutsche, dass diese Menschen nicht zur deutschen Gesellschaft gehören?

Die Grundthese der Autorin Maria Alexopoulou lautet: Im Kaiserreich wurden ? gegen Polen und Italiener ? rassistische Vorurteile und Ausgrenzungsmechanismen entwickelt (konzentriert im Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913, das das «Blutsrecht» zur Norm machte) und im Dritten Reich radikalisiert. Damals wurde eines der «weltweit effizientesten Migrationskontrollsysteme aufgebaut».

All dies wurde dann in der Nachkriegszeit mehr oder weniger bruchlos weitergeführt: «Die dominante Haltung der deutschen Nachkriegsgesellschaft zu Ausländern war von einer als legitim empfundenen Feindseligkeit bestimmt.» Es gab einen Widerwillen gegen Zuwanderung; «dieser Widerwille wurzelte im rassistischen Wissen über den Deutschen und den Ausländer». (Es erschließt sich allerdings nicht, warum Alexopoulou von «rassistischem Wissen» und nicht von Vorurteilen spricht!)

Über Jahrzehnte sind Rassismus und Diskriminierung von Eingewanderten «integraler Bestandteil» der Mehrheitsgesellschaft gewesen und bis heute nicht völlig überwunden. Die Autorin untersucht diese Haltung am konkreten Beispiel der (extrem rassistischen) Politik der Mannheimer Stadtverwaltung, die von den Mitarbeitern als völlig normal angesehen wurde.

Kein Einwanderungsland?

Die Einbürgerungsrichtlinie des Bundesinnenministeriums von 1977 behauptete entgegen allem Augenschein: «Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland, sie strebt nicht an, die Anzahl der deutschen Staatsangehörigen gezielt (sic) durch

Einwanderung zu vermehren.» Sogar die Kinder und Enkel von «Ausländern» blieben Ausländer; ihr Status war sozusagen erblich. Es dominierte die Angst vor «Überfremdung». Häufig wurde die Natur-Metapher der «Ausländerflut» gebraucht.

Tatsächlich ist es aber so, dass nach den USA Deutschland im 20. Jahrhundert weltweit das Zuwanderungsland Nr.2 gewesen ist, noch vor Australien oder Kanada.

Den «Gastarbeitern» (die ersten kamen schon 1955 in die BRD, als ein Anwerbeabkommen mit Italien geschlossen wurde, 1960 folgten Spanien und Griechenland) wurde lange Jahre eine Rolle als vorübergehend anwesende Arbeitskräfte zugewiesen. Sie bekamen die schlechtesten Wohnungen ? viele Vermieter wollten keine «Ausländer» haben; wenn die Unterkünfte aber nicht den «behördlichen Vorschriften» entsprachen, konnten die Betroffenen umstandslos abgeschoben werden.

Die «Gastarbeiter» wollten angeblich eine Summe Geld sparen und dann in ihre Heimat zurückkehren ? keinesfalls aber ihren Status verfestigen. Sie nahmen die untersten Ränge in der Arbeitshierarchie ein. Alexopoulou spricht von der «doppelten Rückkehrillusion»: Einerseits eigneten sie sich Fertigkeiten und Verhaltensweisen der deutschen Wirtschaft und Gesellschaft an, andererseits wurde die Zeit der Abwesenheit von zu Hause immer länger, so dass vielerlei Formen von Entfremdung eintraten. Viele heirateten hier, gründeten Familien und bekamen Kinder.

Und in dem Maße, wie die «Angeworbenen» für Industrie und Handwerk immer wichtiger wurden und unverzichtbare Fähigkeiten und Kenntnisse erwarben, war auch die Wirtschaft daran interessiert, diese Fachkräfte nicht mehr zu verlieren. Mit dem «Wirtschaftswunder» folgte auch häufig ein sozialer Aufstieg oder die Gründung von Unternehmen (Gastwirtschaften).

Doch damit wurde der banale Alltagsrassismus keineswegs überwunden. Er äußert sich vor allem in einem höheren Armutsrisiko, schlechteren Zugängen zu Bildung, zum Arbeits- und zum Wohnungsmarkt, sich ständig wiederholenden Integrations- und Überfremdungsdebatten, aber auch in so banalen Dingen wie abwertendem Verhalten (Augenrollen, Nichteinbeziehen in Debatten, Vordrängeln der Deutschen, Aggressionen usw.).

Die zentrale Reizfigur ist inzwischen die Muslimin mit Kopftuch, die wie keine andere «die Werteordnung der Anderen» versinnbildlicht. Von alten weißen Männern wird dann endlos über die Unterdrückung der Frau debattiert.